

## AUSSENANSICHT

## Lange Leitung

Deutschland ist zu abhängig von russischen Gaslieferungen.  
Ein Grund mehr, die Energiewende voranzutreiben. *Von Claudia Kemfert*

Deutschland bezieht etwa ein Drittel seines Energiebedarfs aus Russland: etwa 35 Prozent des Öls und knapp 40 Prozent des Gases, außerdem geringe Mengen Kohle und Uran. Ohne diese Energielieferungen würde das Wirtschaftsgeschehen schnell erlahmen. Sollte es – egal aus welchem Grund – plötzlich zu einem Lieferstopp von Gas und Öl kommen, könnten diese Mengen kaum über einen längeren Zeitraum aus anderen Regionen ersetzt werden. Auf einen solchen Fall ist Deutschland nicht vorbereitet. Warum auch?

Russland war stets ein verlässlicher Energielieferant, selbst in Zeiten des schlimmsten kalten Krieges. Es sind nur noch Ewiggestrige, die das antirussische Feindbild der vergangenen Jahrzehnte beschwören. Nüchtern betrachtet kann Russland ohnehin kein Interesse daran haben, den Deutschen keine Energie mehr zu liefern, da es hohe Einnahmen insbesondere aus den Ölverkäufen hat. Mit einem Lieferstopp würden sich Russland ins eigene Fleisch schneiden.

Das Szenario von einem längeren Lieferstopp von Öl und Gas scheint deswegen unvorstellbar. Oder sollte man sagen: Es schien unvorstellbar? Es hat sich inzwischen etwas Gravierendes verändert. Russland verhält sich anders als gewohnt. Die Regierung verweigerte diplomatische Gespräche, ignorierte das Völkerrecht und anekdotierte im Handumdrehen die ukraini-

sche Krim. Diese Grenzüberschreitung wurde von den westlichen Mächten erst hilflos betrachtet und wird nun immer schärfer sanktioniert. Schon jetzt ist Russland nicht mehr Teil der G8. Die ersten Sanktionen, zum Beispiel ein befristetes Einreiseverbot in europäische Länder, wurden von betroffenen Russen noch medienwirksam verlacht. Verschärfte Wirtschaftsanktionen könnten aber russische Gegenreaktionen hervorrufen. Es droht die Eskalation. Ein russischer Lieferstopp von Energien erscheint nicht mehr undenkbar.

Russland selbst hat Reserve- und nationale Wohlfonds angelegt, die in Krisenzeiten die Wirtschaft stabilisieren können. Ein kurzer Energie-Lieferstopp seitens Russlands würde – als reine Machtgeste – deutlich machen, wer am längeren Hebel sitzt. In Folge würden die Öl- und Gaspreise stark steigen, nicht zu Lasten Russlands, sondern des Westens.

Die Situation ist ernst. Die derzeit gezeigte Gelassenheit soll vielleicht Panik verhindern, aber wohl auch von der Tatsache ablenken, dass wir auf einen solchen

Fall nicht vorbereitet sind. Seit den Ölkrisen der 1970er-Jahre ist bekannt, was es bedeutet, wenn Öllieferungen gedrosselt werden und Energiepreise deutlich steigen. Deswegen gibt es in Deutschland eine strategische Ölreserve, die das Land bis zu 90 Tage lang mit Öl versorgen könnte. 90 Tage sind keine lange Zeit; seit Beginn der Krimkrise sind schon 45 Tage vergangen, ein Ende ist nicht abzusehen. Und für das

**Akut besteht keine Gefahr. Doch was ist, wenn Russland im nächsten Winter nicht liefert?**

Gas gibt es überhaupt keine gesetzlich festgelegte Reserve: Die Gasversorger legen zwar auf freiwilliger Grundlage einen Vorrat an, der im günstigsten Fall für einige Wochen ausreicht – eine staatlich kontrollierte Reserve ersetzt das nicht. Dass ausgerechnet jetzt über den Verkauf privater Speicher an russische Staatsunternehmen verhandelt wird, zeigt die Grenzen der freiwilligen Vorratshaltung.

Theoretisch gibt es genug Energie auf dem Weltmarkt. Öl könnte nicht nur über Pipelines, sondern auch über Schiffe flexibel nach Europa und Deutschland transportiert werden. Zwar gibt es auf dem Gasmarkt ebenfalls grundsätzlich genügend Angebot. Doch die meisten Energielieferungen sind mittels langfristiger Verträge gebunden, nur ein kleiner Teil kann flexibel gehandelt werden. Da ist es von Vorteil, dass die USA derzeit immer mehr Gas im eigenen Land fördern und ihre Nachfrage auf dem Weltmarkt reduzieren. So kann Gas statt an die USA an andere Länder verkauft werden. Zudem planen die Amerikaner den Verkauf von Flüssiggas auch nach Europa. Doch das ist Zukunftsmusik. Für den Export von Flüssiggas müssen in den USA erst noch die technischen und gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, man braucht spezielle Terminals und eine Aufhebung des bestehenden Exportverbots. Das funktioniert vielleicht in ein paar Jahren, keinesfalls aber in 90 Tagen.

Akut besteht noch keine große Gefahr. Dank des milden Winters verfügen wir

über ausreichend Gas-Vorräte auch für Frühling und Sommer. Erst im Winter wird die Nachfrage nach Gas wieder deutlich zunehmen. Bei einem kurzfristigen Lieferstopp könnten sicherlich Länder wie Norwegen, Algerien oder Katar einspringen und ihre Produktionen etwas erhöhen. Doch längerfristig oder gar dauerhaft würden solche zusätzlichen Lieferungen kaum ausreichen, um die russischen Energielieferungen komplett zu ersetzen. Außerdem hat Deutschland keine Möglichkeit, Flüssiggas zu importieren. Der dafür notwendige Terminal in Wilhelmshaven wurde nach Jahrzehnten der Planungen erst vor einigen Jahren zugunsten des Baus der Ostseepipeline aufgegeben. Ein damals kaum diskutierter Schritt, der in die wachsende Abhängigkeit vom russischen Wirtschaftspartner geführt hat.

Aus der aktuellen Krise sollten wir deswegen lernen. Auch engste Freundschaften können in Schiefelage geraten, wie wir angesichts der NSA-Affäre auch in westliche Richtung gerade schmerzlich erfahren mussten. Gerade in der ökonomisch derart wichtigen Frage der Energieversorgung muss Deutschland künftig klüger vorsorgen: Wir brauchen ergänzend zur Öl- auch eine strategische, staatliche verantwortete Gas-Reserve für mindestens 90 Tage. Dazu ist es notwendig, dass wir auch künftig direkten Zugriff auf die Gasspeicher haben – ihr Verkauf an russische Unternehmen wäre falsch. Zudem sollte zügig ein Flüssig-

gas-Terminal gebaut werden, der uns den Gasimport direkt nach Deutschland ermöglicht. Und schließlich sollten wir dringend die Bemühungen zur Verbesserung der Energieeffizienz verstärken und die energetische Gebäudesanierung schnellstens vorantreiben.

Wer jetzt noch an der Dringlichkeit einer zügigen Energiewende zweifelt, hat nicht verstanden, in welche politische Abhängigkeiten wir uns begeben, wenn wir an der aus Fossilien gewonnenen Energie festhalten. Eine Energielücke droht Deutschland nicht so sehr, weil die Windräder mal bei Flaute stillstehen, sondern eher, weil politisch der Wind drehen kann. Bis wir mittels überschüssiger erneuerbarer Energien eigenes synthetisches Gas herstellen können, wird es noch etwas brauchen. In der Zwischenzeit sollten wir verlässliche Strategien zur Energie-Versorgungssicherheit entwickeln – und zwar ernsthaft!



**Claudia Kemfert, 45,** leitet die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und ist Professorin für Energieökonomie an der Hertie School of Governance in Berlin.

FOTO: DIW BERLIN